

Eine Welt-Politik in Bayern Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Bayerischen Landtag

Hep Monatzeder MdL



1. Was sind Ihres Erachtens die wichtigsten Errungenschaften / Fortschritte der bayerischen Eine Welt-Politik in der aktuellen Legislaturperiode (2018-2023)?

Die wichtigsten Errungenschaften meiner Fraktion sind im Bereich der nachhaltigen Entwicklung sicherlich das Grüne Vergabegesetz zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung, unsere zahlreichen Initiativen zur Weiterentwicklung von BNE in Bayern sowie unser Grüner Vorstoß für eine bessere Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie mit klaren Zielen & konkreten Maßnahmen.

Wir haben ein umfangreiches Antragspaket erarbeitet, das in den Bereichen *Ökologie*, *Ökonomie* und *Soziales* die inhaltlichen Lücken der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie schließt. Ergänzend haben wir je einen Antrag zur Stärkung der *Bildung für nachhaltige Entwicklung* und zu *besserer Kommunikation und Beteiligung* gestellt. Unsere Anträge enthalten Ziele und

konkrete Maßnahmen, mit denen wir diese als Gesellschaft erreichen können. Von Grüner Industrie, über bezahlbaren Wohnraum, saubere Energie und mehr Bildungsgerechtigkeit. Unser Ziel ist eine nachhaltige Entwicklung auf Grundlage der Menschenrechte. Unser Antragspaket zeigt, wie es gehen kann.

2. Gemäß der „Entwicklungspolitischen Leitsätze“ des Bayerischen Landtags gilt: „Aufgrund der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand ist die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien in der öffentlichen Beschaffung in Bayern kontinuierlich auszubauen.“ Welche Initiativen hat Ihre Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode hierzu auf den Weg gebracht? Was empfehlen Sie für die nächste Legislaturperiode?

Wir GRÜNE haben die Staatsregierung in den letzten Jahren wiederholt aufgefordert, ein Gesetz zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung vorzulegen. Nachdem die CSU aber bis jetzt untätig geblieben ist, haben wir unseren eigenen Gesetzentwurf für ein Bayerisches Vergabegesetz eingebracht.

Pro Jahr erteilen Bund, Länder und Kommunen Aufträge in Höhe von Hunderten Mrd. Euro. Davon entfallen ca. 50% auf die Kommunen. Dieses enorme wirtschaftliche Potential zeigt, dass die öffentliche Hand durch ihre Einkaufs- und Vergabep Praxis massiv Einfluss auf Produkte nehmen kann, die am Markt angeboten werden.

Die Realität sieht im Moment aber so aus: Nachhaltigkeitskriterien werden in der öffentlichen Beschaffung bestenfalls einzelfallbezogen berücksichtigt und hängen in erster Linie vom persönlichen Engagement der Mitarbeiter:innen in den Vergabestellen, einzelnen Gemeinden und innovativen Unternehmer:innen ab. Die Menschen erhalten aber zu wenig Unterstützung und werden mit diesem komplexen Thema allein gelassen. Wir haben mit Vertreter:innen der kommunalen Ebene, der Verwaltung, mit Unternehmer:innen, Vergabeexpert:innen und nicht zuletzt mit den Wirtschafts- und Sozialverbänden gesprochen.

Ziel des Gesetzes ist die Berücksichtigung von ökologischen, sozialen, menschenrechtlichen und wirtschaftsbezogenen Kriterien als gleichberechtigten Entscheidungsfaktoren in allen Stufen von öffentlichen Auftragsver-

fahren sicherzustellen. Eine an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtete öffentliche Beschaffung hat viele Vorteile:

- Sie leistet einen wichtigen Beitrag zum Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz.
- Nachhaltig produzierte Produkte und Dienstleistungen sind sozial gerecht, da Menschen- und Arbeitsrechte gewahrt werden.
- Sie leisten einen Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter.
- Nachhaltige Produkte rechnen sich finanziell, da die Folgekosten über den gesamten Lebenszyklus hinweg berücksichtigt werden.
- und die öffentliche Hand kann mit ihrem Beschaffungsverhalten Unternehmen zum Nachahmen anregen und nachhaltig produzierten Gütern und Dienstleistungen zum Durchbruch verhelfen.

3a. Was ist Ihres Erachtens zu tun, damit gemäß der „Entwicklungspolitischen Leitsätze“ des Bayerischen Landtags in (allen) Kantinen staatlicher Einrichtungen Produkte aus „Fairem Handel“ angeboten werden?

Öffentliche Aufträge sind immer Hebel zu mehr Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit. Unter ökologische Kriterien fallen Umweltzeichen, Bio-Siegel oder Energieeffizienzklassen. Soziale Kriterien umfassen z.B. die ILO-Kernarbeitsnormen, Tariftreue, Mindestlohn und Gleichstellungsförderung und zu den wirtschaftlichen Kriterien zählen u.a. Lebenszykluskosten, Reparierbarkeit und Innovation. Das gilt für Kantinenprodukte ebenso wie für andere Bereiche.

Wir haben in mehreren Initiativen und Haushaltsanträgen gefordert, die Gemeinschaftsverpflegung in staatlichen Kantinen als einen wesentlichen Absatzmarkt für faire Produkte und ökologisch produzierte Lebensmittel deutlich zu stärken. Wir wollen u.a. eine klare Mindestquote von 50 Prozent Lebensmittel aus ökologischer Landwirtschaft verbindlich in den staatlichen Kantinen, bei staatlichen Veranstaltungen und Empfängen festschreiben.

3b. Wie hat Ihre Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode dazu beigetragen, dass die „Entwicklungspolitischen Leitsätze“ bzgl. Förderung des Fairen Handels in Bayern umgesetzt werden? Was empfehlen Sie für die nächste Legislaturperiode?

Um den Fairen Handel voranzubringen, müssen wir den Dreiklang aus gesetzlichen Rahmenbedingungen, Befähigung der Verwaltungsmitarbeiter:innen und Bewusstsein für das Thema nachhaltige Entwicklung zusammen denken. Dies haben wir mit Initiativen, Gesetzesentwürfen und Haushaltsanträgen getan. Auch das Ausreichen öffentlicher Fördermittel muss wesentlich stärker daran gemessen werden, ob ein Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaziele und zu einer Sozial-Ökologischen Transformation geleistet wird.

4. Obwohl die Förderung Globalen Lernens bereits in den „Entwicklungspolitischen Leitsätzen des Bayerischen Landtags“ verankert ist und dort auch die „Eine Welt-Stationen“ benannt werden - bisher wird die Bildungsarbeit der „Eine Welt-Stationen“ u.a. an Schulen in Bayern nicht vom Freistaat gefördert. Was haben Sie / hat Ihre Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode zur Förderung Globalen Lernens beigetragen? Was empfehlen Sie für die nächste Legislaturperiode?

Globales Lernen ist ein wichtiger Bestandteil von BNE. Die Bayerische Staatsregierung erklärt immer wieder, BNE sei in ihrer Bildungspolitik, der Lehrkräfteausbildung und den Lehrplänen bereits integriert. Meist wird BNE dabei mit der Vermittlung von Wissen über Umweltfragen in Verbindung gebracht oder mit einem engen Fokus auf aktuelle Themen interpretiert. Das reicht nicht aus, um die transformative Kraft von BNE voll zu entfalten. BNE muss stattdessen mit einem ganzheitlichen Ansatz im Hinblick auf Lerninhalte, Pädagogik und Lernergebnisse umgesetzt werden, um einen grundlegenden Verhaltenswandel hin zu einer nachhaltigen Entwicklung zu fördern. Dafür fordern wir u.a.:

- Die Entwicklung einer Bayerischen BNE-Landesstrategie mit dem Ziel, in allen Bildungsbereichen und -institutionen vom Projekt zur Struktur zu kommen, sowie dabei einen gesamtinstitutionellen und partizipativen Ansatz unter enger Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure.
- Die Stärkung der Kompetenzen von BNE-Multiplikatorinnen und Multiplikatoren indem BNE in die Aus- und Weiterbildung aller Bildungsbereiche integriert wird.
- Die Förderung eines gesamtinstitutionellen Ansatzes, damit Lehrende und Schulen sinnvoll in die nachhaltige Entwicklung eingebunden werden, indem ihre Einrichtungen zu Orten werden, in denen Bildung handlungsorientiert und lokal stattfindet und wirkt.

Wir haben mit Minderheitenvotum im April 2023 eine BNE-Anhörung im Bildungsausschuss initiiert, bei der unsere Forderungen und Positionen von zahlreichen Expert:innen bestätigt und bekräftigt wurden.

5. Wie sollte Ihres Erachtens bayerische Wirtschaftsförderung auf ein gemeinwohlorientiertes Wirtschaften (siehe Artikel 151 der bayerischen Verfassung) hinwirken?

Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen für Wohlstand *und* Schutz globaler Umweltgüter wie Klima oder Biodiversität zu definieren. Aber das erreichen wir nicht nur durch staatliche Regulierung, sondern auch durch einen gemeinwohlorientierten, solidarischen Sektor. Soziale Unternehmen, Bürgersolar- und -windanlagen, genossenschaftliche Initiativen und bürgerschaftliches Engagement leisten dazu ihren Beitrag. Wir wollen die Verbindung gesellschaftlicher und ökologischer Anliegen mit unternehmerischem Handeln unterstützen.

Wir Grüne setzen darauf, erfolgreiches Wirtschaften mit ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, Teilhabe und Fairness zwischen den Generationen und Geschlechtern zu verbinden. Unser Ziel lautet: „Immer besser“ statt „Immer mehr“. Wir wollen Lebensqualität für Alle. Jahrzehntlang war Wirtschaftswachstum in unserem Land gleichbedeutend mit mehr Wohlstand für die meisten Deutschen.

Wir wollen die Fixierung der Politik auf hohe wirtschaftliche Wachstumsraten überwinden. Dabei lehnen wir Wachstum nicht per se ab. In Bereichen wie z.B. Bildung, Erneuerbare Energien oder Kinderbetreuung treten wir für mehr Wachstum ein. Doch Wachstum ist kein Wert an sich. Es hat nur dort seine Berechtigung, wo es einer besseren Lebensqualität aller dient.

Wir wollen die Regionale Wirtschaft und Solidarische Ökonomie stärken: Die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe ist eine notwendige Ergänzung der Globalisierung, die wir vorantreiben. Regionales Wirtschaften erhöht die Stabilität von Wirtschaft und Beschäftigung, es ist förderlich für Handwerk, kleine Dienstleistungsbetriebe und eine verbrauchernahe Landwirtschaft.

6. Wie sollte Ihre Fraktion zur weiteren Umsetzung der „Entwicklungspolitischen Leitsätze des Landtags“ vom 17.2.2016 beitragen?

Entwicklungspolitik mit Partnerländern des globalen Südens ist in erster Linie eine Aufgabe des Bundes. Aktuell fließen die vorhandenen bayerischen Mittel zu einem erheblichen Teil in einige größere Projekte großer Durchführungsorganisationen im Ausland. Damit imitiert Bayern die nationalstaatliche und internationale EZ, anstatt sie - wie von den Ministerpräsident:innen vereinbart - zu ergänzen.

Wir wollen für Bayern weiterhin eigene Schwerpunkte und Ansatzweisen entwickeln und so eine tatsächliche Ergänzung zur bundesdeutschen Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen. Den Rahmen hierfür bilden die *Entwicklungspolitischen Leitsätze des Landtages*, die wir mit neuem Leben füllen und *mit Blick auf die SDGs überarbeiten* wollen. Dabei wollen wir die spezifischen Stärken Bayerns mehr in Wert setzen und insbesondere BNE als neues, transformatives Bildungskonzept in den Mittelpunkt stellen.

7. Was sind Ihres Erachtens die größten Herausforderungen für die Bayerische Eine Welt-Politik und welche Initiativen empfehlen Sie Ihrer Fraktion diesbezüglich für die nächste Legislaturperiode?

Die entwicklungspolitischen Berichte der letzten Jahre haben mir gezeigt: Die Söder-Regierung ist ihren ambitionierten Plänen nicht gewachsen. Der Aufwand für eine kompetente internationale EZ wurde unterschätzt und es wurde versäumt, die nötigen Strukturen und Kapazitäten zu schaffen. Da sollte sich die Regierung ehrlich machen, ihre Prioritäten überdenken und klar herausstellen, was genau der Mehrwert einer „bayerischen“ Entwicklungspolitik auf Landesebene ist.

Wie das aussehen könnte? Aus meiner Sicht sollte es auch weiterhin Projekte im Globalen Süden geben, keine Frage – diese müssten aber stärker als bisher mit bayerischem Knowhow und insbesondere mit der bayerischen Zivilgesellschaft bedarfsorientiert und nachhaltig umgesetzt werden.

Die entwicklungspolitische Inlandsarbeit muss zunehmend wichtiger werden. Konkret hieße das: mehr Eine-Welt-Promotor:innen als professionelle Stütze für engagierte Ehrenamtliche und ein viel stärkeres Engagement in

der entwicklungspolitischer Bildungsarbeit – denn die ist ganz klar Ländersache.

Für mich kommt der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) auch hier eine Schlüsselrolle zu. Sie vermittelt jedem und jeder Wissen, Kompetenzen, Werte und Einstellungen, um den Wandel hin zu einer nachhaltigen Entwicklung mitzugestalten.

Das betrifft uns alle, denn echter Wandel kann nur gemeinsam gelingen - dann, wenn alle an einem Strang ziehen! Das ist eine Haltungsfrage. Ich würde mir wünschen, dass das auch die CSU einsieht und der Landtag in der kommenden Legislaturperiode ein gemeinsames Konzeptverständnis für BNE entwickelt, beschließt und BNE in Bayern vom Projekt zur Struktur wird, die alle Bildungsbereiche durchdringt.